

Wenn pro-israelische amerikanische Juden „Das ist falsch!“ sagen

von Dan Fleshler¹

Mehr als 2000 amerikanische Juden nahmen an der nationalen „J Street“-Konferenz am vergangenen Wochenende in Washington, D.C., teil², um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, etwas für die Veränderung des Diskurses innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zu tun und die amerikanische Politik zu beeinflussen. Ich habe eine Woche gewartet, darüber zu schreiben, weil ich die Reaktionen anderer ausloten und [außerdem] sortieren wollte, was ich auf der Konferenz erfahren habe.

Wie vorauszusehen war, haben rechtsgerichtete jüdische Blogger wie David Horowitz und Jennifer Rubin Einspruch erhoben, als viele Besucher zu der heftigen Kritik an der Besatzung und der israelischen Regierung begeistert applaudierten, und beide sie als eine Clique böser Israel-Hasser bezeichneten, [von denen sie behaupteten,] dass sie den jüdischen Staat allein für die Zerstörung des Friedensprozesses mit den Palästinensern verantwortlich machen würden.

Tatsächlich gab es nicht wenige Menschen, die über das Los der Palästinenser und über Israels Beteiligung an der gegenwärtigen diplomatischen Sackgasse wütend waren. Aber die sehr ungestümen Linken auf der Konferenz – Menschen, die viel mehr mit radikalen israelischen Menschenrechtsaktivisten als mit Abgeordneten von „Kadima“ und der Arbeitspartei gemeinsam haben –, waren nicht so zahlreich, wie Medienberichte behaupten. Viele Teilnehmer gehörten zur Mitte, darunter sachkundige Aktivisten und Spender der Demokratischen Partei sowie jene wie Ken Bob, dem Präsidenten von Ameinu³, der sich während einer Podiumsdiskussion vehement gegen BDS⁴ aussprach.

Das heißt: Es ist sicherlich richtig, dass der linke Flügel von „J Street“ laut und energisch ist. Und dies bildet eine Herausforderung für eine Organisation, die zumindest einen Teil der Hauptströmung der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft ansprechen will, um ihr politisches Ziel zu erreichen, nämlich der Obama-Administration und dem Kongress mehr Spielraum einzuräumen, um mit Israel von Zeit zu Zeit nicht übereinzustimmen. Nehmen Sie Bruce Levines Kommentare zu meinem früheren Beitrag über die Reaktionen eines liberalen amerikanischen Juden, der deutlich „J Street“ unterstützen wollte, dem aber das Vertrauen entzogen wurde⁵. „J Street“ braucht ihn und muss einen Weg finden, um ihn zurückzuholen.

Wie Nathan Guttman es ausdrückt: „J Street steht vor einem manchmal schwierigen Balanceakt, wenn es sich an jene in Washington und in der organisierten jüdischen Gemeinschaft wendet und gleichzeitig die Erwartungen der linksgerichteten Aktivisten erfüllen will, die seine Basis ausmachen⁶.“

James Besser fragt: „Kann J Street die Kern-Mitgliedschaft glücklich machen, während sie Mitglieder des [US-]Kongresses für sich gewinnen will, die zu ihrer Unterstützung neigen, aber nicht in politisch schweres Fahrwasser kommen wollen⁷?“

Das ist eine sehr gute Frage. Aber es ist nicht die einzige Frage, und es könnte nicht die wichtigste sein.

Die Aktivisten auf dem linken Flügel von „J Street“ stellen nicht nur für die Führer der Organisation eine Herausforderung dar. Wie viele Juden stimmen sie mit ihnen überein und stellen auch eine relativ neue Herausforderung für die Hauptrichtung dar, die organisierte amerikanisch-jüdische Gemeinschaft, die keine Ahnung hat, wie man mit ihr umgehen soll.

Ein Grund für das beeindruckende Wachstum von „J Street“ ist weitgehend unbemerkt geblieben: Immer mehr amerikanische Juden, die sich Israels Sicherheit und seinem Überleben verpflichtet fühlen, sind zornig auf Israel und dazu bereit, dies auch zu sagen. Und sie sind bereit, öffentlich in klaren Worten zu bestätigen, dass manches israelische Verhalten schlicht falsch ist. Seit geraumer Zeit ist es in allen amerikanisch-jüdischen Formationen durchaus akzeptabel zu behaupten, dass Israels Siedlungspolitik seine Sicherheit oder seine Zukunft als jüdische Demokratie gefährdet. Doch zu sagen, dass Israel und Israelis manchmal moralische und ethische Werte verletzen, ist etwas ganz anders und noch ziemlich gewagt.

Immer mehr Menschenrechtsorganisationen in Israel tun dies. Ihre Werte werden von einer großen Breite amerikanischer Juden geteilt, die definitiv nicht Antizionisten oder Israel-Hasser sind. Damit regen sie [die Sympathisanten von] ganz links und ganz rechts auf. Sie sind emotional dem jüdischen Staat verbunden und um sein Wohlergehen besorgt. Nach meinem Eindruck versteht die überwiegende Mehrheit von ihnen, dass die derzeitige Situation nicht nur Israels Schuld ist und dass die Palästinenser und ihre Führer ebenfalls haftbar zu machen sind. Aber sie wollen nicht länger den Mund halten, was in den palästinensischen Gebieten faul ist, so die Übergriffe von israelischen Soldaten, von denen „Breaking the Silence“ berichtet⁸, und die kollektiven Entbehrungen durch die Belagerung des Gazastreifens, die Vertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern im Ost-Jerusalem Stadtteil Sheikh Jarrakh.

Was tun amerikanische Synagogen und traditionelle jüdische Gemeindegruppen mit diesen Menschen? Ihren Institutionen fiel es sehr schwer, offiziellen Vertretern von „J Street“ und [der Organisation] „Americans for Peace Now“ Podien einzuräumen, als es denen nicht vergönnt war, in einigen Synagogen zu sprechen, und sie niedergeschrien wurden. Jetzt stehen die Institutionen vor einer noch härteren Probe: Was sollen sie mit den inoffiziellen,

geistig beweglichen Graswurzel-Aktivisten anfangen, die darauf bestehen, dass sie pro-israelisch sind, die [aber] hoch erzürnt sind über Menschenrechtsverletzungen und motiviert, das auch vor allem deshalb zu sagen, weil Israel zu einem Land wird, das nicht mit ihren Grundwerten übereinstimmt, ihren dezidiert **jüdischen**⁹ Werten? Wird irgendein Teil der amerikanisch-jüdischen Hauptströmung wenigstens versuchen, für sie einen Platz unter dem Dach der Gemeinschaft zu finden? Oder wird das jüdische Establishment sie einfach ignorieren und versuchen, sie beiseite zu schieben?

Gerade jetzt ist es in meiner Gemeinde, abgesehen von einer kleinen Minderheit von Synagogen und linksgerichteten amerikanisch-jüdischen Gruppen, einfach nicht erlaubt, über die moralischen Kosten der Herrschaft über ein anderes Volk zu sprechen. Wird das Tabu nicht gebrochen, wird eine ganze Generation redegewandter junger Menschen, die einen Platz in der traditionellen jüdischen Gemeinde haben sollten, irgendwo anders nach einem Zuhause suchen.

Ich habe einen wiederkehrenden und wahrscheinlich verrückten Traum: Irgendwie wird es in der organisierten jüdischen Welt, zumindest in vielen weiteren Reform- und konservativen Synagogen, einen Platz für einen Wortschatz von richtig und falsch geben, wenn sich die Diskussion der [israelischen] Besatzung zuwendet. Eine umfassendere Aufzeichnung wird in das Gespräch der Konferenzteilnehmer – viele von ihnen College-Kids – einfließen, die eifrig klatschten, als Daniel Levy¹⁰ ihnen sagte: „Ihr könnt kein Freund der arabischen Freiheit sein und auf der falschen Seite bei der palästinensischen Freiheit stehen.“ Dieselben Leute haben auch Lobbyarbeit im Kongress geleistet, um Israel (und der Palästinensischen Autonomiebehörde) zu helfen. Schauen Sie und hören Sie das Zeugnis der Konferenzteilnehmer auf dieser Website¹¹. Alle von ihnen wollen Israel helfen. Nennen Sie sie fehlgeleitet, aber räumen Sie ihnen einen Platz ein!

¹ Dan Fleshler ist der Autor des Buches „Transforming America’s Israel Lobby. The Limits of Its Power and the Potential for Change.“ Forword by M.J. Rosenberg. Potomac Books: Washington, D.C., 2009. Der Beitrag vom 05.03.2011 ist Fleshlers Homepage www.realisticdove.org entnommen und von mir ins Deutsche übersetzt. Ich danke dem Autor für seine Zustimmung.

² Die Konferenz fand am 24. und 25.02.2011 statt. Vgl. dazu die Eintragung am 24.02.2011 in der Menüleiste „Chronologie“ meiner Homepage www.reiner-bernstein.de.

³ „Ameinu“: hebr. „Unser Volk“. Eine liberal-konservative Gruppierung in den USA.

⁴ BDS = Boykott, De-Investment und Sanktionen. Diese im Juli 2005 gestartete palästinensische Kampagne, die inzwischen von internationalen NGO’s mitgetragen wird, verlangt das Ende der israelischen Besatzung, die Anerkennung der mehr als 1,2 Millionen arabischen Palästinenser mit israelischem Pass als gleichberechtigte Staatsbürger sowie das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge auf der Grundlage der UN-Resolution 194 vom Dezember 1948. Nicht zufällig fehlt eine Aussage zur Zwei-Staaten-Lösung. Denn besonders auswärtige BDS-Sympathisanten verbinden mit den drei Forderungen das Ende des Staates Israel.

⁵ Dan Fleshler: Why the Jewish right is terrified by J Street’s conference, 25.02.2011.

⁶ Nathan Guttman: Rather Than Defend Obama, J Street Is Now Pushing Him, in „Forward“ 02.03.2011.

⁷ James Besser: J Street lobbies Congress for Israel and Palestinian aid, in „The Jewish Week“ 15.05.2011.

⁸ „Breaking the Silence“ ist eine Gruppe israelischer Soldaten, die regelmäßig über das Verhalten anderer in Sachen „Verletzung der Menschenrechte“ aus der Westbank berichten, ohne eine dezidiert politische Position zu beziehen.

⁹ Hervorhebung im Original.

¹⁰ Gideon Levy war der Rechtsberater im israelischen Team der „Genfer Initiative“ und arbeitet heute in einem politischen „Think Tank“ in Washington, D.C.

¹¹ www.realisticdove.org.

Abgeschlossen am 15.05.2011

Reiner Bernstein, München
